

Israels Oberster Gerichtshof macht den Weg frei für die Vertreibung von 1.000 Palästinensern in Masafer Yattah

Middleeasteye.net, 5.5.22

Die Familien haben Jahrzehnte lang im Gebiet der südlichen Westbank gelebt, das von Israel zur „Feuerzone“ bestimmt wurde.

Hauszerstörungen, Konfiszierung der Grund-Infrastruktur und militärische Trainingsübungen sind bereits Teil der alltäglichen Wirklichkeit in dem Gebiet und zwingen viele Leute dazu, in Höhlen zu wohnen.

Israels Oberster Gerichtshof hat eine Petition gegen die Vertreibung von mehr als 1.000 palästinensischen Bewohnern eines ländlichen Teiles der besetzten Westbank aus einem Gebiet zurückgewiesen, das Israel für eine Zone für militärische Übungen bestimmt hat.

Nach zwei Jahrzehnten von ergebnislosen juristischen Manövern hat der Oberste Gerichtshof kürzlich (4.Mai) eine Verfügung erstellt, die den Weg freimacht zur Demolierung von acht kleinen Dörfern in Masafer Yatta, einem felsigen, trockenen Gebiet nahe Hebron.

In seiner Verfügung schrieb der Gerichtshof, dass er festgestellt habe, dass die palästinensischen Bewohner, die abgesondert generationen-lang als Nomaden gelebt und ihren Lebensunterhalt durch Ackerbau und als Hirten verdient haben, keine ständigen Bewohner des Gebietes gewesen seien, als das israelische Militär dieses in den 1980-er Jahren zum ersten Mal zur „Feuerzone“ erklärte.

Die Bewohner von Masafer Yatta und israelische Menschenrechtsgruppen sagen, dass viele der palästinensischen Familien auf dem Gebiet von 3.000 ha ständig gewohnt hatten, bevor Israel die Westbank im Krieg 1967 eingenommen hat. Ihre Vertreibung würde ein Bruch des Völkerrechtes bedeuten.

In einer Stellungnahme erklärte die israelische Rechtsgruppe *B'Tselem*: „Die Gerichte haben also wieder bewiesen, dass die Okkupierten keine Gerechtigkeit vom Gerichtshof der Okkupierenden erwarten können. Die Entscheidung, die unbegründet gerichtliche Interpretation mit aus dem Kontext genommenen Fakten verwebt, macht klar, dass es kein Verbrechen gibt, für das die Richter des Obersten Gerichtshofes nicht einen Weg zur Legitimierung finden“.

Nidal Abu Younis, der Bürgermeister von MasaferYatta, sagte: „Das beweist, dass der Gerichtshof Teil der Okkupation ist. Wir werden unsere Wohnhäuser nicht verlassen. Wir bleiben hier.“

Der Gerichtshof erklärte, dass es für die Dorfbewohner noch immer möglich wäre, sich mit dem Militär abzusprechen über die Benutzung von Teilen des Landes für landwirtschaftliche Zwecke und drängte beide Seiten, einen Kompromiss zu suchen.

Die *Association for Civil Rights in Israel* (ACRI = Gesellschaft für Zivilrechte in Israel), die gemeinsam mit den Bewohnern von Masafer Yatta eine Petition gegen die Vertreibung einreichte, sagte, dass das Verdikt „unvorhersehbare Konsequenzen“ haben würde.

„Der Oberste Gerichtshof hat offiziell genehmigt, dass ganze Familien, mit ihren Kindern und ihren Älteren, ohne ein Dach über dem Kopf dastehen“, erklärte ACRI in ihrer Stellungnahme.

„Die Leute könnten über Nacht wohnungslos gemacht werden“

Caroline Ort, die Landesdirektorin des norwegischen Flüchtlingsrates für Palästina (*NRC = Norwegian Refugee Council for Palestine*), sagte: „Die Verfügung des Gerichtshofes öffnet die Tür für das israelische Militär, um ganze palästinensische Gemeinden zu vertreiben, die seit Jahrzehnten in Masafer Yatta gelebt haben.

„Der Schaden, den diese Entscheidung den Häusern und Lebensgrundlagen der Menschen zufügt, wird unwiederbringlich sein. Die Leute könnten über Nacht obdachlos werden und sie werden nirgendwo hingehen können.

„Das ist ein gefährlicher Schritt, dem gegengesteuert werden muss. Wenn man ihm folgt, würde dies eine Verletzung des Völkerrechtes bedeuten, das Israel als einer Besatzungsmacht verbietet, Mitglieder der besetzten Bevölkerung gegen ihren Willen aus ihren existierenden Gemeinschaften herauszulösen.“

Hauszerstörungen, Konfiszierung der Grund-Infrastruktur und militärische Trainingsübungen sind bereits Teil der alltäglichen Wirklichkeit in dem Gebiet und zwingen viele Leute, in natürlichen Höhlen zu wohnen.

Israelische Behörden haben seit 2011 in der „Feuerzone 918“ schon 217 palästinensische Wohn- und Wirtschaftsgebäude zerstört oder konfisziert, und damit – nach Angabe des UN-Büros für die Koordination Humanitärer Angelegenheiten (*OCHA = UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs*) 608 palästinensische BewohnerInnen vertrieben.

Nach Angabe der UNO hat Israel fast 30 % der von Israel administrierten Area C – welche 60 % der besetzten Westbank ausmacht – für „Feuerzonen“ bestimmt.

Mindestens 38 palästinensische Gemeinden liegen innerhalb dieser Gebiete, sagt NRC.

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-supreme-court-paves-way-eviction-masafer-yatta>

Übersetzung für Pako: Gerhilde Merz – palaestinakomitee-stuttgart.de